

Wahlprüfsteine des Caravaning-Industrie Verband e.V. zur Landtagswahl in Baden-Württemberg 2026

Antworten: FDP – Baden Württemberg

1. Caravaning als strategisches Landesthema

Welche Bedeutung misst Ihre Partei dem Caravaning als Industrie- und Tourismusbereich in Baden-Württemberg bei, und welche Rolle soll diese Doppelperspektive in der kommenden Legislaturperiode spielen?

Caravaning kann für die stark unter Druck stehende Wirtschaft in Baden-Württemberg eine doppelte Rolle spielen. Zum einen kann die Herstellung von Caravans, also die klassische produzierende Industrie, gut bezahlte Arbeitsplätze sichern. Dafür brauchen wir aber auch eine breite Unterstützung der Industrie: Geringere Strompreise, Stärkung von Innovationen, Abbau von Bürokratie sowie Stärkung der beruflichen Ausbildung.

Zum anderen kann Caravaning aber auch zu einer Stärkung des Tourismus beitragen – einer noch viel zu wenig beachtenden Branche. Wir brauchen ein stärkeres Bewusstsein, dass Tourismus auch ein Wirtschaftsfaktor ist und Caravaning ein essentieller Teil davon. Unser Wahlprogramm enthält daher ein explizites Bekenntnis zu Camping-Plätzen und fordert eine weitere Stärkung des Tourismus.

2. Industriestandort und Wertschöpfung

Welche politischen Schwerpunkte setzt Ihre Partei, um Baden-Württemberg als führenden Standort der Caravaning-Industrie und ihrer Zulieferer zu sichern und weiterzuentwickeln (z. B. Fachkräfte, Innovation, Transformation)?

Allgemein braucht Baden-Württemberg wieder ein Bewusstsein für die Leistungen der Wirtschaft und die Erkenntnis, dass Wirtschaft die Basis von allem ist. Ohne starke Unternehmen können wir uns weder Sozialleistungen noch Klimaschutz, noch Kultur oder funktionierenden ÖPNV leisten. Es kann daher nicht sein, dass einzelne Eidechsen ganze Gewerbegebiete verhindern oder Überregulierung im Namen des Artenschutzes unsere Betriebe erdrückt.

Konkret für die Caravaning Industrie – verstanden als klassisches produzierendes Gewerbe – brauchen wir eine Stärkung der anwendungsorientierten Forschung und einen besseren Transfer von der Wissenschaft in die Anwendung. Wir brauchen eine Stärkung der beruflichen Ausbildung und nahtlosen Übergang von Schule in Ausbildung (oder auch Studium) und weiter in den Beruf. Wir brauchen aber auch eine gezielte Zuwanderung von Fachkräften – gemäß den Interessen und Bedarfen der Unternehmen und des Arbeitsmarkts. Daneben brauchen wir eine Senkung der Energiepreise – unsere Vorschläge dazu sind eine umfassende Reform von Steuern und Abgaben, der Abbau von Überregulierung sowie realistische und europaweit einheitliche Klimaziele anstatt einer überambitionierten Landespolitik.

3. Stellplatz- und Campinginfrastruktur

Wie positioniert sich Ihre Partei zur Entwicklung einer landesweiten Strategie für den Ausbau von Reisemobilstellplätzen und Versorgungsstationen, um Nachfrage, Besucherlenkung und regionale Wertschöpfung besser zu steuern?

Wir Freien Demokraten bekennen uns zu einer Förderung der Destination Management Organisations (DMOs) und der Hebung von Synergien zwischen den Stadt- und Landkreisen. Dies kann auch im Bereich Caravaning sowie Reisemobilstellplätzen sinnvoll sein. Politisches Mikromanagement und landesweite Vorgaben sind dabei aber nicht immer sinnvoll – die Akteure vor Ort wissen oft besser, welche Bedarfe und Möglichkeiten es gibt. Als Landesregierung wollen wir diese nicht vorschreiben, was sie zu tun oder zu lassen haben. Stattdessen setzen wir auf Anreize, Koordination und ggf. Begleitung sowie auf Erleichterungen bei der Etablierung von Stellplätzen durch weniger Auflagen und weniger Bürokratie für Anbieter und Kommunen.

4. Ländliche Räume und touristische Entwicklung

Welche Rolle soll der Caravaning-Tourismus nach Auffassung Ihrer Partei für die wirtschaftliche Entwicklung ländlicher und touristisch weniger erschlossener Regionen in Baden-Württemberg spielen?

Die große Besonderheit des Tourismus ist, dass dieser landesweit möglich ist und hiervon auch ländliche, oft auch strukturschwächere Regionen profitieren können. Daher ist Tourismus für uns ein wesentlicher wirtschaftlicher Faktor – und Caravaning als essentieller Bestandteil des Tourismus spielt hier eine besondere Rolle. Wo Caravaning stattfindet, findet auch Wirtschaft statt.

5. Genehmigungen und Kommunen

Welche Schritte hält Ihre Partei für sinnvoll, um Genehmigungsverfahren für Stellplatz- und Campingprojekte zu vereinfachen und Kommunen bei der Umsetzung zu unterstützen?

Der Schlüssel für schnellere Genehmigungen und bessere Planungen insbesondere auf der kommunalen Ebene besteht für uns in drei Schritten:

Erstens, wir brauchen eine umfassende Digitalisierung. Diese kann Verfahren beschleunigen und vereinfachen und hier liegt noch erhebliches Potential brach. Dazu gehört auch die Realisierung von echtem OnceOnly (d.h. der Staat darf nur einmal beim Bürger oder Unternehmen Daten abfragen; sobald ihm diese aber vorliegen, muss er intern für die Weitergabe sorgen und darf den Bürger nicht erneut damit behelligen).

Zweitens, wir brauchen eine Verwaltungsreform, die Doppelstrukturen abbaut, die Praxis- und Bürgernähe erhöht und Zuständigkeiten eindeutiger regelt. Für uns bedeutet dies die Abschaffung von zwei der fünf Verwaltungsebenen. Dies bedeutet insbesondere eine Beschleunigung von Genehmigungen, Bündelung von Kompetenzen und mehr Nähe zwischen Behörden und Betroffenen.

Und drittens brauchen wir leistungsfähigere Kommunen. Das Land kann diese besser begleiten und unterstützen, bspw. bei der Ausweisung von Flächen, bei der Schaffung von digitalen Lösungen oder der Weitergabe von Best Practices. Es ist nicht notwendig, dass jede Kommune das Rad neu erfindet, sondern Vernetzung und Erfahrungsaustausch können hier viel bewirken. Das Land kann diese Prozesse begleiten.

6. Nachhaltige, klimafreundliche Infrastruktur

Wie will Ihre Partei den Ausbau klimafreundlicher Stellplatz- und Campinginfrastruktur (z. B. Photovoltaik, Ladeinfrastruktur, ressourcenschonende Entsorgung, digitale Steuerung) politisch flankieren?

Wir möchten den Ausbau einer Stellplatz- und Campinginfrastruktur nicht mit Regulierung und Anforderung überfrachten – die jeweiligen Kommunen sowie die Betreiber wissen am Besten selbst, wie sie attraktive und leistungsfähige Infrastrukturen schaffen. Sicherlich muss der Staat essentielle öffentliche Güter wie Stromanschluss, Verkehrsanbindung oder Entsorgung anbieten, aber die Details sollten die Betreiber entscheiden. Bei Bedarf kann über das Tourismusinfrastrukturprogramm zielgerichtet unterstützt werden.

7. EU-Führerscheinrichtlinie

Wie positioniert sich Ihre Partei zur Umsetzung der EU-Führerscheinrichtlinie in nationales Recht, insbesondere im Hinblick auf eine zügige, schlanke und nutzerfreundliche Ausgestaltung sowie die Anhebung der zulässigen Gesamtmasse für Wohnmobile beim Führerschein der Klasse B auf 4,25 Tonnen?

Die 4. Führerscheinrichtlinie wurde am 5. November 2025 im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht und trat am 25.11.2025 in Kraft. Wir begrüßen die Anhebung der zulässigen Gesamtmasse auf 4,25 t und fordern eine zügige Umsetzung in nationales Recht in Deutschland. Wir fordern den Gesetzgeber auf, ein schlankes und unbürokratisches Verfahren für die von der EU vorgegebene entsprechende Ausbildung und Prüfung.